

04.10.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen!

I. Ausgangslage

„Selling democracy“. So lautete der Auftrag des britischen Militärs mit dem 1946 die heutige Landeszentrale für Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen wurde. „Selling democracy“ war damit zugleich auch die Geburtsstunde der politischen Bildung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in unserem Land.

Damals, nach 12 Jahren Nazi-Diktatur und den Gräueltaten und Katastrophen des Zweiten Weltkrieges, mussten die Menschen im neugegründeten Bundesland Nordrhein-Westfalen erst wieder lernen, wie ein demokratischer Staat funktioniert. Demokratische Rechte und Pflichten mussten verstanden, erlernt und gefestigt werden.

Politische Bildung ist seitdem nicht mehr wegzudenken. Der grundlegende Auftrag der politischen Bildung ist heute genauso aktuell wie vor über 70 Jahren. Heute wie damals geht es um die Grundwerte unserer Demokratie.

Mit Recht und auch mit Stolz können wir feststellen: wir leben in unserem Land in guter demokratischer Tradition. Unser Zusammenleben ist ganz überwiegend geprägt durch ein tolerantes und solidarisches Miteinander.

Doch Demokratie kommt nicht von alleine und sie bleibt nicht automatisch. Demokratie muss vielmehr von Generation zu Generation neu erlernt und gefestigt werden. Gestern wie heute müssen wir dafür sorgen, dass jede Generation die Werte der Demokratie erkennt und schätzt, die demokratischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erkennt, praktisches demokratisches Handeln erlernt, und falls notwendig, Demokratie gegen deren Feinde verteidigt.

Gerade aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert erwächst für uns Deutsche die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie; Pluralismus und Toleranz als grundlegende Prinzipien unseres politischen Handelns zu verstehen und im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.

Datum des Originals: 04.10.2017/Ausgegeben: 04.10.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Politische Bildung ist daher auf allen Ebenen unverzichtbar. Und ihre Aufgabe besteht darin, „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“, wie es die Bundeszentrale für politische Bildung feststellt.

Politische Bildung initiiert und organisiert dabei die dafür notwendigen Bildungsprozesse. Aber Politische Bildung ist nur eine Instanz politischer Sozialisation. In der Demokratieerziehung leisten viele andere Partner ebenso wertvolle und unverzichtbare Arbeit und arbeiten oftmals Hand in Hand. Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine, Verbände, demokratische Parteien, Gewerkschaften, verantwortungsbewusste Medien und viele mehr leisten ihren Beitrag, um gerade junge Menschen für Demokratie zu gewinnen.

Angesichts der Herausforderung der letzten Jahre, auch im 21. Jahrhundert Flüchtlingen in NRW Schutz und Hilfe und eine neue Heimat zu bieten, sie in unsere demokratische Gesellschaft zu integrieren, leisten auch die Einrichtungen politischer Bildung einen sehr wichtigen Beitrag. Zielgruppengenau können sie zur Demokratieförderung und Vorbereitung der kulturellen Annäherung im täglichen Miteinander beitragen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Politische Bildung will Menschen befähigen, sich selbst aktiv einzumischen und befähigt zur Teilhabe, kritischen Auseinandersetzung, Mitwirkung und Beteiligung. Politische Bildung bietet wichtiges Rüstzeug, um Strukturen und demokratischen Regeln in Politik und Gesellschaft zu verstehen, zu kennen und zu beherrschen. Politische Bildung informiert und erklärt aktuelles Geschehen, damit Bürgerinnen und Bürger informiert sind. Politische Bildung befähigt, den Überblick zu behalten und sich nicht von vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen populistischer Ideologien blenden zu lassen.
- In gesellschaftlich und politisch bewegten Zeiten wie heute ist es wichtiger denn je, die Demokratie und ihre Institutionen zu stärken, und den Menschen ihre Bedeutung zu vermitteln. Dazu trägt die Politische Bildung entscheidend bei. Es ist jedoch eine deutliche und zugleich zunehmende Distanz zwischen Individuen und den demokratischen Institutionen und ihren Repräsentanten – staatlichen wie auch zivilgesellschaftlichen – zu spüren. Diese Distanz zu überwinden ist eine große Herausforderung, der sich nicht nur die Gesellschaft, die Parlamente, die Parteien und die Politik ganz allgemein, sondern gerade auch die politische Bildung stellen muss.
- Vertrauen in die Institutionen unserer Demokratie können besonders in Transformations- und Umbruchzeiten Stabilität, Orientierung und Sinn vermitteln. Gleichzeitig dienen sie der Bildung, der Bündelung und Artikulation, sowie dem Ausgleich von verschiedenen Interessen. Sie sind wichtig dafür, dass in einer heterogenen Gesellschaft Solidarität und Gemeinsinn entstehen können. Dazu leistet die Politische Bildung einen wichtigen Beitrag. „Demokratie leben“ ist daher bei uns in Nordrhein-Westfalen Auftrag und Programm zugleich. „Demokratie leben“ darf nicht nur Aufgabe der Landeszentrale für Politische Bildung und ihrer Kooperationspartner sein. „Demokratie leben“ ist Auftrag für uns alle.
- Politische Bildung muss Vertrauen genießen, um Vertrauen aufbauen zu können. Politische Bildung und ihre Träger müssen deshalb unabhängig sein. Politische Bildung muss gerade heute auch neue Wege gehen und gehen können, etwa in den sozialen

Medien und bei der Zielgruppenansprache. Sie muss sich mutig, zielgruppenspezifisch und barrierefrei an benachteiligte und bildungs- wie demokratieungeübte Gruppen wenden. Dabei ist entscheidend, dass die Angebote der politischen Bildung nicht nur zielgruppengenau, sondern auch glaubwürdig sind. Ein wesentlicher Baustein dafür können Bildungspartnerschaften mit Peers aus den verschiedenen Milieus sein. Zudem ist politische Bildung dann glaubwürdig und authentisch, wenn die „Gesichter“ der politischen Bildung so vielfältig sind wie die deutsche Realität – im sozialen wie im kulturellen Sinn.

- Der Landtag ist überzeugt davon, dass wir uns den Herausforderungen unserer Zeit entschlossen, offen, fair und auf Basis unserer gemeinsamen Grundwerte stellen müssen. Aufrechte Demokratinnen und Demokraten müssen genauso gestärkt werden, wie eine Gegenöffentlichkeit gegen den erstarkenden Populismus. Auch müssen die Menschen wieder für demokratische Politik begeistert werden.

III. Der Landtag beschließt:

Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu stärken und auszubauen. Dabei kommt den Trägern der politischen Bildung, aber vor allem auch der Landeszentrale für politische Bildung eine besondere Rolle zu. Ihre institutionellen und sächlichen Rahmenbedingungen sind den erkennbar steigenden Herausforderungen anzupassen.

Zur Aufwertung, Stärkung und gesellschaftlichen Begleitung der Landeszentrale für politische Bildung soll die Errichtung eines Kuratoriums geprüft werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nach dem Prinzip der „politischen Bildung für alle“ zu handeln. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb bedarf es neuer Formate der Ansprache in der politischen Bildung. Es muss dort angesetzt werden, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Es bedarf eines Ausbaus aufsuchender politischer Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt. Der Landtag fordert die Landesregierung dementsprechend auf, ein Konzept zu entwickeln wie politische Bildungsarbeit in Zukunft stärker sozialräumlich verankert werden kann.

Norbert Römer
Marc Herter
Thomas Kutschatj
Elisabeth Müller-Witt

und Fraktion